



**Projektbericht
November 2022**

**Von Shrinking Spaces, Closing Spaces,
Open Spaces und Safe Spaces**
Brasilien nach der Wahl
von Christian Russau

KoBra-Dossier zu „Shrinking Spaces in Brasilien“

Von [Christian Russau](#)

Inhaltsverzeichnis

Rückblicke auf vier Jahre Bolsonarismus an der Macht	2
Von Shrinking Spaces, Closing Spaces, Open Spaces und Safe Spaces	4
Kurzfristig anstehende Herausforderungen für die neue Regierung Lula.....	8
Aktivitäten und Kampagnen.....	9

„The erosion of democracy is associated with a strong setback in human rights. Since the beginning of the Bolsonaro administration, public policies on human rights have been converted into anti-democracy, anti-rights, anti-Indigenous, anti-quilombola, anti-women, and anti-LGBT agendas.“ (Terra de Direitos, REPORT ON HUMAN RIGHTS VIOLATIONS IN BRAZIL, handout, Berlin 2022)

Rückblicke auf vier Jahre Bolsonarismus an der Macht

Groß waren Ende 2018 die Befürchtungen, inwieweit die damals gerade gewählte Regierung des rechtsextremen Jair Messias Bolsonaro Druck auf die Zivilgesellschaft ausüben würde: „Mit dem Aktivismus“ wollte der Präsident „ein für alle Mal aufräumen“. „Die Säuberung wird nun noch umfassender sein“, erklärte Bolsonaro in klarer historischer Anspielung auf die Vergangenheit Brasiliens, das Kolonialismus, Sklaverei und Militärdiktatur erlebte. Implizit deutet er also an, dass diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Vergleich zu dem, was er plant, nicht umfassend genug waren. Linke sollten also im Gefängnis verrotten oder ins Exil gedrängt werden, wobei vom Präsidenten Bolsonaro auch gerne die Anspielung auf die sogenannte „ponta da praia“, die „Spitze des Strandes“ erwähnt wurde, wo er sie, die Linken, die Aktivist:innen, die organisierte Zivilgesellschaft hintreiben werde. Eine Anspielung auf das Bild, dass der Präsident die Linken an der Küste in Überseeschiffe pferchen wolle, um sie von dort ins Exil zu zwingen. Direkt aber auch eine direktere Anspielung auf die „ponta da praia“, dort, wo in Brasilien traditionell die Marineforts standen und wo während der Diktaturen im Lande die Oppositionellen, die Widerständigen, die Unangepassten hingetrieben, eingesperrt und gefoltert wurden, um ihre dann leblosen Körper in den unentrinnbaren Weiten des Ozeans verschwinden zu lassen.

Aus heutiger Sicht wissen wir, dass Bolsonaro dies nicht getan hat. Politikwissenschaftler:innen und Historiker:innen der Zukunft werden die Aussagen darüber zu treffen haben, warum er dies nicht getan hat: war er doch nur ein Ankündigungsweltmeister, ein Maulheld, oder waren die demokratischen Institutionen des Landes und die Gesellschaft dann doch stärker als von Bolsonaro erhofft, so dass er vieles von dem, was er breitmäulig angekündigt hatte, nicht umsetzen konnte bzw. durfte?

Klar ist: Bolsonaros vierjährige Regierungszeit hat vieles zerstört, weite Teile der Umwelt-, Menschenrechts- und Sozialpolitik wurden gezielt ausgedünnt, ausgehöhlt, abgeschafft – und dies hat im Land zu enormen sozialen Verwerfungen, zu einem Anstieg der Landkonflikte und der Menschenrechtsverletzungen geführt, oft durch Abwesenheit der staatlichen Institutionen, meist aber auch angefeuert durch ein vom Präsidenten und seinen Söhnen ausgehenden gesellschaftlichen Narrativ des „Jetzt ist unser Hauptmann Präsident, jetzt dürfen und können wir das alles tun!“. Mit diesem Narrativ wurden die Fronten des aggressiven Agrobusiness als voranschreitende

Agrargrenze der Zerstörung (nicht nur) in Amazonien gewaltsam vorangetrieben, mit diesem Slogan drangen die illegalen Holzfäller:innen oder Goldsucher:innen in eigentlich geschützte Territorien von Indigenen, Quilombolas und anderen traditionellen Völkern ein und rodeten Bäume, zerstörten Landschaften, vergifteten Flüsse und Grundwasser mit ihrem Quecksilber zur Goldwaschung. Die [unlängst bekannt gewordenen Daten über Quecksilbervergiftungen bei den indigenen Munduruku am Tapajós-Fluss](#) sind da nur die Spitze des Eisberges.

Dieses Narrativ schürte aber auch die Zunahme an Gewalt gegen Frauen, gegen LGTBIQ+, gegen Schwarze, gegen afrobrasilianische Religionen, gegen politisch Andersdenkende, gegen alle, die nicht in das bolsonaristische Weltbild passen wollen. Da wurde die Angehörigen dieser genannten Gruppen von Bolsonarist@s beleidigt, erniedrigt und physisch angegriffen, auch ermordet – und gleichzeitig hat der Staat Brasiliens in den vier Amtsjahren von Bolsonaro in seiner ureigensten Aufgabe – der Wahrung, Achtung und Gewährleistung der Menschenrechte in ihrer umfassenden Unteilbarkeit – offensichtlich zumindest grob fahrlässig (wenn nicht gar absichtsvoll) gehandelt – oder besser: trat sich durch Nicht-Handeln hervor, wie es der Umgang der Bolsonaro-Regierung mit der Covid-19-Pandemie und den 690.000 Toten offenbarte. Bolsonaros Waffenliebhaberei mündete in Flexibilisierung der Waffengesetze, sein Narrativ wie seine Politik protegierten und förderten Militärpolizei und Militär, während alles, was Zivilgesellschaft ist, unter Bolsonaros Amtsherrschaft zurückgedrängt wurde: Zivilgesellschaftliche Beteiligungsräte in den Ministerien, die während der Lula-Regierung noch lebendig waren und von der Zivilgesellschaft – bei aller berechtigten Kritik an der politischen Durchsetzbarkeit von Forderungen der Zivilgesellschaft in diesen Gremien – genutzt wurden, wurden unter Bolsonaro aufgelöst, abgeschafft oder der politischen Sinnlosigkeit anheimgestellt.

Dies alles – flankiert durch eine Politik der oben erwähnten Ausdünnung, Aushöhlung und Abschaffung von umwelt-, menschenrechts- und sozialpolitischen Strukturen und Programmen des Staates hat die brasilianische Zivilgesellschaft hart getroffen, und aus vielen Bereichen der Zivilgesellschaft melden sich die Stimmen, die davon berichten, wie prekär sie die Bolsonaro-Zeit überstanden und sie gleichzeitig aber nun, nach der Wahl von Lula zum Präsidenten, wieder mit Elan an die Arbeit dessen gehen wollen, was elementarer Ansatz der lebendigen Zivilgesellschaft in einer Demokratie ist: für die Demokratie zu arbeiten und für diese zu streiten, für und mit den unter Bolsonaro Ausgegrenzten und Ausgeschlossenen, Erniedrigten und Beleidigten, Bedrohten und Bedrängten wieder gemeinsam gesellschaftliche Perspektiven zu erarbeiten. Der Herausforderungen sind viele.

Von Shrinking Spaces, Closing Spaces, Open Spaces und Safe Spaces

„Shrinking Spaces meint die zunehmende Einschränkung der zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume. Das bedeutet zum einen die Einschränkung fundamentaler Rechte wie die Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsäußerungsfreiheit; zum anderen werden Aktivist_innen, Menschenrechtler_innen und NRO, die für Regierungen unbequem sind, in ihrer Arbeit behindert, mit Drohungen und Diffamierungskampagnen eingeschüchtert oder sogar mit Gewalt attackiert. Laut CIVICUS sind heute 109 Länder von einem eingeschränkten zivilgesellschaftlichen Raum betroffen und nur drei Prozent der Weltbevölkerung lebt in Ländern, in denen dieser Raum als offen bezeichnet werden kann.

Das Neue am Begriff Shrinking Spaces liegt in der Betonung auf *shrinking* – also darauf, dass die Einschränkung der Zivilgesellschaft eine Tendenz ist, und somit der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum immer weiter schrumpft. In einigen Ländern spricht man mittlerweile sogar von *Closing Spaces*. Zudem ist es bedeutend zu wissen, dass das Phänomen alle Regionen der Welt und sowohl autokratische Staaten als auch Länder, die vorgeblich demokratische Regierungen haben, betrifft.“

Quelle: <http://blog.yenro.org/shrinking-spaces-was-steckt-dahinter-und-wie-koennen-nro-darauf-reagieren/> (2018)

Die [brasilianische Verfassung von 1988 garantiert](#) die zivilgesellschaftliche Partizipation in der Planung und Ausgestaltung von Politik in den Artikeln Art. 194 über Sozialpolitiken in Abschnitt VII, in Art. 204 über Sozialhilfe in Abschnitt II sowie in Art. 206 über Bildungspolitik in Abschnitt VI demokratische Beteiligungsformen. Als deren teilhabende Akteur:innen werden in der Verfassung genannt „Arbeiter“, die „Bevölkerung über repräsentative Organisationen“ sowie die „Öffentlichkeit“. [Gab es 1990 noch fünf Conselhos mit zivilgesellschaftlicher Partizipation, so waren es 2009 bereits 34.](#)

Im Jahr 2014 erließ die Regierung von Dilma Rousseff von der Arbeiter:innenpartei PT das Decreto 8.243/2014, welches die brasilianische Bundespolitik zur sozialen Partizipation weiter ausgestaltete. Erklärtes Ziel dieses Dekrets waren es, den „Dialog und gemeinsames Handeln zwischen der föderalen öffentlichen Verwaltung und der Zivilgesellschaft“ ([dort Art.1](#)) zu fördern und als Bundespolitik nachhaltig zu implementieren. Nach dem parlamentarischen Putsch gegen die gewählte Präsidentin Dilma Rousseff beschnitt der damalige de-facto-Präsident Michel Temer mittels der [Verfassungsänderung 95/2016](#), die unter klarer neoliberaler Doktrin die sogenannte große Haushaltsbremse festschrieb, dadurch de facto auch die Handlungsspielräume der diversen mit Partizipationsmöglichkeiten ausgestatteten Conselhos. „Zugleich gab es eine ideologische Selektivität in der politischen Agenda, indem bestimmte soziale Ziele gegenüber anderen bevorzugt wurden zum Nachteil anderer, z. B. der frühen Kindheit und nicht der Kinder und Jugendlichen, ländliches Unternehmertum und nicht mehr traditionelle Völker und Gemeinschaften“ (zit. n. [Assis da Costa Oliveira, 2022](#)).

Die Bolsonaro-Regierung hat diese gezielte Beschränkung der sozialen Partizipation der brasilianischen Zivilgesellschaft an der Politikplanung und -gestaltung weiter drastisch vorangetrieben. Bolsonaro verfügte am 11. April 2019 das [Decreto 9.759/2019](#), das bereits im Titel die Marschrichtung vorgibt: „Löscht und legt Richtlinien, Regeln und Beschränkungen für die Kollegialorgane der föderalen öffentlichen Verwaltung fest.“ Dieses Dekret [sollte unter anderem die folgenden Räte schließen](#): Den Nationale Rat für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Conade), den Nationalen Rat zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung der Rechte von LGBT-Personen (CNCD/LGBT), den Nationalen Rat zur Beseitigung von Kinderarbeit (Conaeti), den Rat für die Rechte älterer Menschen (CNDI), den Nationalen Rat für öffentliche Transparenz und Korruptionsbekämpfung (CTPCC), den Nationalen Rat für öffentliche Sicherheit (Conasp), die Kommission für Arbeitsbeziehungen, Agrarökologie und ökologische Produktion (CNAPO), die Nationale Kommission für Indigenenpolitik (CNPI), die Kommission für biologische Vielfalt (Conabio), den Verwaltungsausschuss für das Internet in Brasilien (CGI) oder auch den Verwaltungsrat des Nationalen Fonds für den sozialen Wohnungsbau (FNHIS). Infolge der Intervention des Obersten Gerichtshofes, dass alle Gremien mit zivilgesellschaftlicher Beteiligung, die zuvor per Gesetz eingerichtet worden waren, nicht einfach per Dekret aufgelöst werden dürften, wurde dieses Dekret leicht umformuliert und durch das [Decreto 9.812 vom 30. Mai 2019](#) ersetzt, blieb im Kern aber gleich: „Löscht und legt Richtlinien, Regeln und Beschränkungen für die Kollegialorgane der föderalen öffentlichen Verwaltung fest.“ Mit diesem Dekret wurde die Partizipation der brasilianischen Zivilgesellschaft de facto so gut wie abgeschafft. Einer Erhebung zufolge wurden von den in Brasilien zuvor existenten 2.593 Gremien mit zivilgesellschaftlicher Beteiligung nur 1,2 Prozent, d.h. 32 von ihnen, in der föderalen öffentlichen Verwaltung ausdrücklich beibehalten. Alle anderen wurden in Ziel, Struktur, Beteiligung und Ausrichtung und in ihrer Zusammensetzung umformuliert, zurückgefahren, inaktiv geschaltet oder stillgelegt. Vollkommen aufgelöst wurden der Erhebung zufolge 734 (zit. n. [Assis da Costa Oliveira, 2022](#)).

Zu den bekanntesten zur de-facto-Untätigkeit verdammten Räten zählte unter anderem der Conama-Rat, der Nationale Umweltrat. Nach dem Bolsonaro-Dekret 9.812 aus dem Jahr 2019 wurde der Conama-Rat als wichtigster für Umweltfragen zuständiger Rat nicht geschlossen, aber Wissenschaftler:innen, indigene Völker und Landarbeiter:innen wurden in der neuen Formation von der Beteiligung am Conama gezielt ausgeschlossen wurden, was dazu führte, so die Analyse des brasilianischen Wissenschaftsinstituts Cebrap, dass die Gesellschaft als ganzes ihre Stimme im Rat verlor. Auch der Nationale Rat für Ernährungssicherheit, Consea, eines der großen, erfolgreichen Symbole für den Kampf gegen Armut und Hunger, ist nicht mehr aktiv. Der Nationale Rat für die Rechte von Kindern und Jugendlichen wurde gleich ganz aufgelöst. Der Nationale Rat für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Conade), obgleich nicht aufgelöst, war monatelang

inaktiv, im Jahr 2022 traf er sich [einmal](#), nachdem der Rat in den über 20 Jahren seiner Existenz sich insgesamt über 120 Mal getroffen hatt, also durchschnittlich mindestens 6 mal im Jahr. Dies zeigt, dass dort, wo es der Bolsonaro-Administration wegen des Einspruchs des Obersten Gerichtshofes STF nicht gelang, den Rat aufzulösen, dass die strukturell auferlegte Untätigkeit erreicht wurde, durch die Aufrechterhaltung des Scheins eines aktiven Rats-Zusammenkommens einmal im Jahr: auf der entsprechenden Webseite der Regierung wird auch nicht über die Inhalte dieses einmalig in 2022 stattgefunden Ratstreffens [berichtet. Auch die Cebrap kam in ihre 2021 erfolgten Analyse zu dem Schluss](#), dass 75 Prozent der wichtigsten nationalen Ausschüsse und Räte nicht mehr tagen oder aufgelöst wurden. Cebrap analysierte in ihrer Untersuchung 100 Räte und Ausschüsse. „Man verliert so die Fähigkeit, die öffentliche Politik zu diskutieren“, sagte Carlos Bocuhy, Präsident des brasilianischen Instituts für Umweltschutz Proam, [gegenüber Medien](#). „Was wir verlieren, ist die Transparenz. Organisationen, die kontrollieren, ob die öffentlichen Mittel ordnungsgemäß verwendet werden, haben keinen Zugang mehr zu den Daten, sie können nicht mehr verfolgen, wie die öffentliche Politik umgesetzt wird. Die Qualität der Politik nimmt ab und die brasilianische Demokratie selbst wird geschwächt“, sagt die Politikwissenschaftlerin Carla Bezerra von Cebrap/UFRJ dem Medienbericht zufolge.

[Bolsonaro selbst äußerte](#) sich zu den von der Zivilgesellschaft als „shrinking spaces“ kritisierten Beteiligungsmöglichkeiten wie folgt: Wir müssen „die Räte verschlanken, die große Mehrheit von ihnen auslöschen, damit die Regierung funktionieren kann. Wir können nicht als Geisel von Räten gehalten werden, von denen viele von Personen gebildet werden, die von anderen Regierungen ernannt wurden.“

Doch Bolsonaros Regierung beließ es bei seinen Politmaßnahmen nicht bei „shrinking spaces“, auch „closing spaces“ zählte zu seinen Taktiken: Bolsonaros konstantes Hass-Narrativ kulminierte in seinem absurden Vorwurf, es seien nicht das Agrobusiness, sondern die Organisationen der Zivilgesellschaft für die Waldbrände im Amazonasgebiet und im Pantanal-Feuchtgebiet verantwortlich und [verglich deren Aktivitäten sogar mit einem „Krebsgeschwür, das er nicht zu bekämpfen vermochte](#). Diese Aussagen standen in direktem Zusammenhang mit einem Versuch der Bolsonaro-Regierung, die sozialen Bewegungen und die organisierte Zivilgesellschaft zu kriminalisieren. Flankiert wurde diese verbale Kriminalisierung durch die von Bolsonaro versuchte Verabschiedung mehrerer Gesetzentwürfe, die auf eine stärkere Kontrolle von Organisationen abzielen, wie der [Gesetzentwurf 67/2021](#), mit dem versucht wurde, zivilgesellschaftliche Organisationen von Staatsmitteln abzuschneiden, wenn die Organisation eine in letzter oder in zweiter Instanz wegen straf-, zivil- oder verwaltungsrechtlicher Vergehen verurteilte Person als Geschäftsführer:in hat. Der Vorschlag wird derzeit noch im Repräsentantenhaus geprüft. Hinzu

kamen Versuche der Bolsonaro-Regierung, die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen mittels des [Gesetzentwurf 6764/02](#), der auf eine Änderung des Gesetzes über die nationale Sicherheit und mithin auch auf die Typisierung terroristischer Handlungen abzielte, zu kriminalisieren. Doch diese Versuche, die Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen zu kriminalisieren und dergestalt „closing spaces“ zu schaffen, gelang es Bolsonaro unter anderem (wie etliche andere Regierungspläne) wegen des Widerstands der organisierten Zivilgesellschaft nicht, diese zur Verabschiedung im Kongress und vor dem Obersten Gerichtshof STF durchzubringen. Eine zwischenzeitliche Auflistung (damaliger Stand Sept. 2021) der zehn bedeutendsten Erfolge der Zivilgesellschaft, Bolsonaros Projekte zu stoppen, [findet sich bei der Menschenrechtsorganisation Conectas](#).

Umso mehr erhofft sich die brasilianische Zivilgesellschaft nun nach der Wahl von Luiz Inácio Lula da Silva zum Präsidenten des Landes, dass diese Prozesse der „shrinking spaces“ und „closing spaces“ von Seiten des brasilianischen Staates zurückgenommen werden, sondern dass diese Beteiligungsräume für Mitsprache wieder in „open spaces“ verwandelt werden, in denen der gezielte Einsatz von „hate speech“ keinen Platz mehr habe und dergestalt die Beteiligungsgremien für Mitsprache auch wieder zu „safe spaces“ werden, in denen Indigene, Quilombolas, LGTBIQ+*, Frauen, traditionelle Bevölkerungsgruppen u.a. sich sicher fühlen können.

Und die Erwartungen bei der Zivilgesellschaft auf Beteiligung, auf Mitsprache und Gehör liegt nicht nur bei den neu oder wieder einzurichtenden Ministerien für Indigene und traditionelle Völker, für Igualdade Racial, für Menschenrechte, Agrarentwicklung, für Sozialentwicklung und anderen, sondern bei allen. Ein Indiz für die Offenheit der neu gewählten Regierung Lula für die zivilgesellschaftliche Beteiligung an Politikplanung und -gestaltung ist die zentrale Einrichtung der Netzwerkplanungsgruppe für Politik unter der Leitung von der PT-Parteivorsitzenden Gleisi Hoffmann im sogenannten Transitionsteam der neuen Regierung. Berichte aus der brasilianischen Zivilgesellschaft deuten auf einen straffen, aber intensiven Dialog des Gremiums mit der Breite der brasilianischen Zivilgesellschaft in mehreren thematischen Arbeitsgruppen hin mit dem Ziel auszuloten, wie und in welcher Form zivilgesellschaftliche Partizipation in den unterschiedlichsten Gremien innerhalb der Bundesministerien, aber auch auf Landes- und Munizipalebene verwirklicht werden könnte. Ergebnisse hierzu sind noch zu Ende dieses Jahres zu erwarten, heißt es aus Kreisen der brasilianischen Zivilgesellschaft.

Auch indigene Gruppen setzen einen Großteil ihrer Hoffnungen auf Lula, trotz des noch im Raume stehenden [Verrats Lula in Bezug auf den Staudambau Belo Monte](#). Sowohl [Raoni Metuktire](#) als auch [Davi Kopenawa](#) äußerten sich positiv über die Wahl von Lula, dies sowohl vor als auch nach der Wahl: Davi Kopenawa: „Wir haben erfahren, dass derjenige, der einmal Präsident war, an die Macht zurückkehren wird, also haben wir gesagt: ‚Dieses Mal ist er vielleicht weiser geworden.“

Vorher hat er sich geirrt, aber jetzt denkt er vielleicht richtig, und deshalb möchte ich, dass er ein echter Präsident wird. Ich möchte nicht, dass er uns noch einmal zum Narren hält. Er wird wieder Präsident werden und er wird tatsächlich ein Auge auf unser Land haben. Er wird uns ansehen und an uns denken. Wenn er sich für uns einsetzt, werden wir mit ihm zufrieden sein‘.“

Kurzfristig anstehende Herausforderungen für die neue Regierung Lula

Die größte Herausforderung der neuen Regierung Lula liegt (auch erklärtermaßen seitens Lula selbst) bei der Bekämpfung des Hungers, der durch eine Wiederbelebung des Familienstipendienprogramms Bolsa Família bei erhöhten Sozialzahlungen anschließend an das vom brasilianischen Kongress während der Pandemie hart erkämpften (von Bolsonaro Auxílio Brasil titulierten) Soforthilfeprogramms erreicht werden soll, dazu muss aber mit einer zu verhandelnden Kongressmehrheit die sogenannte „teto dos gastos“, die große Haushaltsbremse, ausgehebelt werden, was angesichts der konservativ-reaktionären Mehrheitsverhältnisse im brasilianischen Nationalkongress schwierig, aber angesichts von Lulas bisheriger Erfahrung und seinem Geschick in politischen Verhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt dennoch nicht ausgeschlossen zu sein scheint.

Weitere Schwerpunkte werden auf der Bekämpfung der Entwaldung liegen, wobei die Befürchtung besteht, dass zunächst die Rodungszahlen noch ansteigen werden, so wie sie nach der ersten Wahl Lula Ende 2002 bis 2005 anstiegen, da von den Akteur:innen vor Ort so schnell als möglich vor Inkraftsetzen neuer Gesetze vollendete Tatsachen geschaffen werden sollten. Die indigenen und anderen traditionellen Völker und Gemeinschaften erwarten ebenso wie die Landlosen eine Stärkung der Landpolitik, nach einem Zurückfahren der Demarkation von Indigenen Territorien auf Null und dem weitestgehenden Rückfahren der Anerkennung von Quilombola-Territorien und einer Privatisierung der Landreform unter Bolsonaro. Aber all diese Anliegen – Waldrodung stoppen, Demarkation, Agrarreform – kosten viele Gelder an Staatsmitteln, in Bezug auf die Waldrodung äußerte sich Lula vor wenigen Tagen trotz seines expliziten Bekenntnisses zu „Null Entwaldung in Amazonien“, dass dem brasilianischen Staat dafür die Mittel fehlen – ein laut Beobachtenden klarer Hinweis an die internationale Gemeinschaft, hier finanziell zu helfen. Fraglich wird dabei natürlich sein, ob sich als Waldschutzkonzept der von den indigenen und anderen traditionellen Völkern geforderte Weg der Demarkation und rechtssicheren Landtitulierung oder aber die von internationalen Finanzinstituten geforderten CO₂-Kompensationsmechanismen in Form einer Monetarisierung des Regenwaldes durchsetzen werden.

Die durch die Bolsonaro-Politik und durch die Pandemie und Wirtschaftskrise realen Kaufkraftverluste unterhalb der Inflationsrate stellen eine weitere wichtige Herausforderung für die Regierung Lula dar, vor allem aber auch in Kombination mit einer Rücknahme einer Reihe von

unternehmensfreundlichen Bolsonaro-Maßnahmen, die das Arbeitsrecht aufgeweicht hatten, gleichwohl erwarten Beobachtende hier auch politische Zugeständnisse Lulas an die verschiedenen Kapitalfraktionen.

Kritisch beäugen die sozialen Bewegungen und Organisationen der Zivilgesellschaft, wie die Regierung umgehen werde mit dem brasilianischen Agrobusiness und den Bergbaukonzernen. Noch allzugenug ist in Erinnerung, dass die Regierung Lula (I und II) zwischen 2003 und 2010 zwar enorme Staatsmittel im Bereich Förderung, Subvention und Kreditvergabe für die kleinbäuerliche Landwirtschaft bereit gestellt hatte, aber ein Vielfaches dessen dem Agrobusiness zur Verfügung gestellt wurde, wollte Lula doch auf dem Weltmarkt die nationalen Champions Brasiliens obsiegen sehen. Auch wurden unter den PT-Regierungen die Bergbaupolitiken deutlich weiter liberalisiert, ein Umstand den die lokal Betroffenen in den dem Fortschritt geopfert Gebieten nicht vergessen haben. Ob es die Regierung Lula nun endlich mit einem sozial-ökologischen Wandel ernst meinen wird (oder Ernst wird machen können, angesichts der Machtverhältnisse im brasilianischen Nationalkongress und der de-facto-Wirtschaftsmacht des Agrobusiness) wird abzuwarten bleiben, - nicht unerheblich dabei ist auch die Weltmarktnachfrage nach Brasiliens meistexportierten Commodities Soja und Erzen (nicht zuletzt aus China).

Erwartet wird von der Lula-Regierung auch eine neue Politik der Rücknahme der von Bolsonaro durchgeführten umfassenden Waffenliberalisierung im Lande. Auch hier wird die Frage sein, inwieweit Präsidialdekrete vor dem konservativ dominierten Kongress Bestand haben werden oder ob Lula gar seinen [angekündigten Versuch, das Estatuto do Desarmamento no Brasil zur Entwaffnung Brasiliens wieder durchzuführen](#), gegen die Kongresswiderstände durchsetzen kann.

Es gibt unzählige weitere schwerwiegende Herausforderungen für die Regierung Lula, die hier nicht alle aufgezählt werden können, das reicht vom Fragen der öffentlichen Sichehrheit über die unmenschlichen Zustände in den Haftanstalten, die Wiederbelebung einer in den vergangenen Jahren vernachlässigten Industriepolitik, den Umgang des Staates mit Milizen und mit der organisierten Kriminalität, bis hin zu allen Fragen der Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Bildungspolitik und nicht zuletzt einer umfassenden und kohärenten Menschenrechtspolitik.

Aktivitäten und Kampagnen

Nov. 2022: Erklärung: 209 Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern: EU-Handelsabkommen dürfen demokratische Teilhaberechte nicht untergraben!

Um die Kritik einiger EU-Regierungen und -Parlamente zu umgehen, will die Europäische Kommission das Abstimmungsverfahren für anstehende Handelsabkommen mit Mexiko, Chile und den Mercosur-Ländern (Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay) ändern und die Abkommen leichter und schneller von der EU durchsetzen lassen.

Wir, die Organisationen der Zivilgesellschaft, lehnen diesen Schritt ab, da er demokratischen Teilhaberechte untergraben würde!

Anlässlich des Treffens der EU-Handelsminister:innen (EU-Ratssitzung für Auswärtige Angelegenheiten/Handel) am Freitag, den 25. November fordern wir die EU-Handelsminister*innen, die EU-Regierungen und die nationalen Parlamentarier*innen auf, sich für die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen einzusetzen und sich den unverschämten Versuchen der Europäischen Kommission, den Widerstand zu umgehen, entgegenzustellen.

Siehe <https://www.fdcl.org/2022/11/209-zivilgesellschaftliche-organisationen-fordern-eu-handelsabkommen-duerfen-demokratische-teilhaberechte-nicht-untergraben/>

21.-29. Januar 2023: Lateinamerikawoche in Nürnberg

Eine weitere Auflage der jährlich stattfindenden Lateinamerikawoche findet vom 21.-29. Januar 2023 in Nürnberg statt, u.a. mit einer Veranstaltung zum Thema: ""Brasilien nach den Wahlen - Neuanfang unter Lula - Bolsonaros Erbe - Perspektiven"

Siehe <https://www.lateinamerikawoche.de/traegerkreis/>

24.-26. März 2023, Frühjahrstagung der KoBra, Freiburg im Breisgau

Die Frühjahrstagung inkl. Mitgliederversammlung der KoBra 2023 findet vom 24.-26. März in Freiburg zum Thema Energie statt. Nähere Informationen zu Programm und Anmeldung folgen in Kürze.

Siehe <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/fruehjahrstagung/fjt-2023>

Ende März/Anfang April 2022: Seminar zur Evaluation und Vorschlägen für eine neue bilaterale Entwicklungszusammenarbeit zwischen Brasilien und Deutschland (online, hybrid)

Zivilgesellschaftliche Netzwerke aus Brasilien und Deutschland (u.a. Pad - Processo de Articulação e Diálogo, KoBra - Kooperation Brasilien, FASE - Federação de Órgãos para Assistência Social e Educacional, AMDH - Articulação para o Monitoramento dos Direitos Humanos no Brasil, MNDH - Movimento Nacional de Direitos Humanos, Cese - Coordenadoria Ecumênica de Serviço, SOS Corpo, FDCL, Brasilien Initiative Berlin u.a.) erarbeiten derzeit ein Policy-Papier zur Analyse, Evaluierung Vorschlägen für eine neue bilaterale Entwicklungszusammenarbeit zwischen Brasilien

und Deutschland. Das Policy-Papier wird Ende des Jahres 2022 fertiggestellt und auf den Webseiten von KoBra, FDCL und auch der brasilianischen Partner:innenorganisationen publiziert und ab dann bereits im Rahmen der Policy- und Advocacyarbeit der Organisationen im Dialog mit Regierungen und Behörden verwendet.

20.-22.10.2023 Jahrestreffen des Runden Tisch Brasilien, organisiert von KoBra, findet diesmal in Bonn statt.

Siehe <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/runder-tisch-brasilien>